

Protokoll:

Rm Kühenthal (BIZ) informiert, dass auf den Tischen ein Änderungsantrag ausliege, in dem die BIZ- Fraktion beantrage, folgende Sätze aus der Begründung zu streichen: „Die in den letzten Jahren durch die Stadt Koblenz durchgeführten Baumaßnahmen anlässlich der BUGA 2011, die vor allem die Rheinpromenade, Teile des Moselufers und angrenzende Innenstadtbereiche betraf, sowie die Sanierung der Altstadt, der Fußgängerzone Löhrrstraße mit Löhrrondell, Schlossstrasse und Altlöhrtor, nicht zuletzt der Schienenhaltepunkt Mitte und der neue Zentralplatz, führten augenscheinlich zu einer Aufwertung des Stadtgebietes, das vom Zustand her nun nicht mehr mit dem Stand von 1995 oder auch nur 2010 zu vergleichen ist. Verglichen mit den in den Städten Trier und Kaiserslautern durchgeführten Baumaßnahmen dürfte sich die Stadt Koblenz als „Oberzentrum im nördlichen RLP“ am stärksten positiv verändert haben. Da auch die Gaststätten- und Geschäftsbetreiber trotz der allgemein angespannten Situation/ wirtschaftlichen Lage durch die anhaltend positive Entwicklung des Stadtbildes profitieren dürften, erscheint eine durch die Gebührenerhöhung bedingte Mitbeteiligung an den Kosten vertretbar und notwendig.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig macht darauf aufmerksam, dass die Begründung nicht Gegenstand der Beschlussfassung sei. Der Antrag werde allerdings zu Protokoll genommen und als Hinweis für die Verwaltung verstanden. Für die Beschlussfassung sei aber nur der Beschlusstenor relevant.

Rm Kühenthal (BIZ) erklärt, er sei damit einverstanden.

BIZ- Fraktionsvorsitzender Wefelscheid führt aus, dass die BIZ- Fraktion gemeinsam mit der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen beantrage, die Streichung von §6 Abs. 2 der Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung und die Streichung von Gebührenziffer C.4.3. (gesamt) des Gebührenverzeichnisses der Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung vorzunehmen. Es solle noch mal beraten werden, wie mit der Straßenprostitution im Rahmen der Satzung umgegangen werde. Der Leserbrief aus der Rheinzeitung decke sich mit der Begründung des gemeinsamen Änderungsantrages. Viel entscheidender als eventuelle Mehreinnahmen sei die Not der Frauen.

Rm Coßmann (CDU) wirft ein, auch er habe den Leserbrief in der Rheinzeitung gelesen und fühle sich wach gerüttelt. Auch er ist für die Streichung.

Rm Scherhag (CDU) erklärt, auch er könne dem Änderungsantrag zustimmen. Auf Seite 4 der Begründung sei davon die Rede, dass die Erlaubnis für den gebührenfreien Bereich bis zu 140€ kosten solle. Die Erlaubnisbescheide für die Außenbestuhlung seien auf 40 bis 80 € festgesetzt. Er bittet diese auf 40 bis 80 € anzupassen. 140 € hätte auch im Arbeitskreis nie im Raum gestanden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig bittet um eine schriftliche Ausfertigung, sollte es sich hierbei um einen Änderungsantrag handeln.

Rm Lehmkuhler (SPD) kündigt aufgrund der vielen Änderungsanträge Beratungsbedarf an. Als die FBG- Fraktion den Antrag eingebracht habe, habe dieser die meisten noch erheitert und nun werde er ernst genommen. Dieser Wandel solle nicht durch Pressemitteilungen stattfinden. Da

eine Erhöhung nicht mehr rückwirkend möglich sei, bestehe noch Zeit zur Beratung und Diskussion.

Herr Gebel (30) macht darauf aufmerksam, dass möglicherweise der Wortbeitrag von Rm Scherhag (CDU) auf einem Missverständnis beruhen könnte. Die Passage die Herr Scherhag angesprochen habe betreffe ausschließlich die Warenauslagen 50 bis 80cm von der Hauswand entfernt. Diese seien bisher erlaubnisfrei gewesen und sollten nun unter Erlaubnisvorbehalt gestellt werden. Dies sei allerdings nicht Teil der Satzung sondern nur der Begründung. Somit handele es sich nicht um einen Änderungsantrag.

Rm Altmaier (SPD) stellt fest, dass er noch nicht zur Sache gesprochen habe und stellt den Antrag Schluss der Debatte.

Rm Dr. Gross (BIZ) stellt formal Gegenrede.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig lässt über den Antrag auf Schluss der Debatte abstimmen. Die Mehrheit des Stadtrates stimmt für den Schluss der Debatte. Der Beratungsgegenstand werde daher wieder zurück in die Ausschüsse verwiesen.

Rm Sauer (CDU) bittet, dass die Angelegenheit auch in den Frauenausschuss gehe.

Rm Keul- Göbel (BIZ) merkt an, die BIZ- Fraktion habe bereits in der Fraktionssitzung den gemeinsamen Änderungsantrag mit den Grünen aufgestellt und nicht erst aufgrund des Leserbriefes in der Rheinzeitung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, diese Bemerkung sei unzulässig gewesen, da die Debatte schon abgeschlossen sei.